



PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 02.09.2014

„Rente 2014: Sicher ist nur, dass viele Probleme nicht gelöst wurden!“

Zu den Rentenberatertagen 2014 vom 11. bis 13. September in Lübeck zieht der Bundesverband der Rentenberater e.V. Bilanz und fordert weitere Anstrengungen

In den ersten Ankündigungen zum Rentenpaket war erkennbar, dass es mit der sogenannten Mütterrente und der Rente mit 63 Verbesserungen für weite Teile der Bevölkerung geben würde. Auch die verbesserten Regelungen bei der Erwerbsminderungsrente sind ein Schritt in die richtige Richtung.

Trotzdem kritisiert Marina Herbrich, die Präsidentin des Bundesverbandes der Rentenberater e.V., dass in anderen wichtigen Bereichen nach wie vor geeignete Konzepte fehlen. „Die geburtenstarken Jahrgänge rücken ins Rentenalter vor - viele davon mit geringen oder sogar prekären Einkommens- und Vorsorgeverhältnissen. Außer der Ankündigung, sich dieses Themas als nächstes anzunehmen, haben wir von der zuständigen Ministerin noch nichts gehört. Wir brauchen dringend ein schlüssiges Konzept gegen Altersarmut, sonst werden in den nächsten Jahren noch viel mehr Menschen ergänzende staatliche Leistungen in Anspruch nehmen müssen.“

Ein wichtiger Schritt wäre die Flexibilisierung beim Übergang in die Altersrente. Heute sind die Hinzuverdienstregeln zu eng definiert und für die Betroffenen kaum nachvollziehbar. Sie erschweren den Menschen einen gleitenden Übergang in die Altersrente und entziehen außerdem der Wirtschaft wichtige Arbeitskräfte. Die Gesellschaft kann es sich nicht leisten, auf das Fachwissen der Älteren zu verzichten und viele Menschen werden von der Rente allein nicht leben können. Der Bundesverband der Rentenberater e.V. fordert daher die Bundesregierung auf, weitere wichtige Reformen zugunsten der Versicherten vorzunehmen.

Bereits vor der Einführung der sogenannten Mütterrente hat der Bundesverband der Rentenberater e.V. gefordert, die entstehenden Kosten nicht aus der „Rentenkasse“ zu finanzieren. „Es ist überhaupt nicht nachvollziehbar, warum diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe nicht von allen Einkommensgruppen getragen wird. Die Kosten werden nur den Versicherten aufgebürdet und besonders die geburtenstarken Jahrgänge durch höhere Beiträge und Leistungskürzungen belasten.“ erklärt Marina Herbrich. „Die Bundesregierung hat hier eindeutig ein falsches Signal gesetzt.“

Der Bundesverband der Rentenberater e.V. fordert von der Bundesregierung einen sorgfältigeren Umgang bei der Finanzierung von Gesetzesänderungen und die Versorgungsansprüche aus Erziehungszeiten als gesamtgesellschaftliche Aufgabe durch Steuern zu finanzieren.



Bundesverband der Rentenberater e.V.

Bundesverband der Rentenberater e.V. | Potsdamer Straße 86 | 10785 Berlin

Anlässlich der Rentenberatertage 2014 vom 11. bis 13. September in Lübeck formuliert die Präsidentin des Bundesverbandes der Rentenberater e.V. auch berufspolitische Forderungen. „Rentenberater vertreten im Rahmen ihrer Befugnisse ihre Mandanten wie Anwälte vor den Sozial- und Landessozialgerichten. Immer wieder werden Rentenberater aber in einzelnen Rechtsbereichen zurückgewiesen. Damit wird unsere Arbeit massiv behindert und für unsere Mandanten bedeutet das weitere Komplikationen auf dem Weg zu einer befriedigenden Lösung.“, erläutert Marina Herbrich.

Der Bundesverband der Rentenberater e.V. fordert daher eine bedingungslose Berücksichtigung der registrierten Erlaubnisse. Die hierfür notwendige Zuständigkeit sehen wir beim Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz als einzige und auch geeignetste Stelle. Die jetzige Praxis mit ca. 85 zuständigen Registrierungsbehörden ist nicht akzeptabel.

Vom 11. bis 13. September finden die Rentenberatertage 2014 in Lübeck statt. Interessierte Journalisten können sich jetzt schon in der Geschäftsstelle anmelden unter info@rentenberater.de oder per Fax 030 6272 5503. Eine Einladung geht Ihnen noch gesondert zu.

Der Bundesverband der Rentenberater e.V. ist seit 1976 die allgemein anerkannte Berufsorganisation der in Deutschland tätigen Rentenberater. Rentenberater sind unabhängige Rechtsberater und nur ihren Mandanten verpflichtet. Sie sind Spezialisten auf dem Gebiet des Rentenrechts und können wie Anwälte ihre Mandanten im Rahmen ihrer Befugnisse vor Sozial- und Landessozialgerichten vertreten.

Über die im Bundesverband der Rentenberater e. V. organisierten Rentenberater erhalten Ratsuchende fachkundige Hilfe in Fragen des Sozialversicherungsrechts sowie der betrieblichen und berufsständischen Vorsorge.

Kontakt:
Bundesverband der Rentenberater e.V.
Potsdamer Straße 86
10785 Berlin

www.rentenberater.de
presse@rentenberater.de

Telefon: 030 62725 502
Telefax: 030 62725 503